



zweiwochendienst + zwd-online
 Luisenstr. 48 - 10117 Berlin
 Fon: +49 30 22 487 487
 Fax: +49 30 22 487 484
<http://www.zwd.info>
redaktion@zwd.info

Initiative will MigrantInnen stärker in die Ausbildung einbinden

zwd Berlin (mhh). Von den rund 580.000 Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund in Deutschland beteiligen sich bisher nur 14 Prozent an der betrieblichen Ausbildung. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 25 Prozent. Ziel der vom Bundesbildungsministerium initiierten Ausbildungs-Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ ist es daher, diese wachsende Wirtschaftskraft verstärkt zur Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze zu nutzen – insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Gerade für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte sei die berufliche Ausbildung zentral für eine dauerhafte Integration, erklärte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) am 23. März anlässlich eines Treffens der Initiative. Deshalb müssten vorhandene Zugangsbarrieren abgebaut und der Anteil von Migrantinnen und Migranten, die in einem Ausbildungsverhältnis stehen, erhöht werden. Während sich deutsche Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren zu 57,6 Prozent an der dualen Ausbildung beteiligten, läge die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher bei nur 23,9 Prozent, stellte Schavan fest. Auch angesichts des erwarteten Fachkräftemangels seien die Unternehmen schon bald auf jeden jungen Menschen angewiesen, betonte die CDU-Politikerin. Die Vertreterin des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Sybille von Obornitz, kritisierte, bisher sei es jedoch noch nicht gelungen, die Bildungsdefizite der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu beheben. Die DIHK zählt neben dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Integrations-Beauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), zu den Gründern der Initiative.

Anteil ausbildender türkischer Unternehmen hat sich verdoppelt

Mit Blick auf die Ausbildungsquote von türkisch geführten Unternehmen erklärte der Geschäftsführer der Türkisch-Deutschen-Industrie- und Handelskammer, Suat Bakir, der Anteil türkischer Unternehmer, die sich an der betrieblichen Ausbildung beteiligten, habe sich in den letzten fünf Jahren von 8 auf 16 Prozent verdoppelt. Dies sei auch die Folge der Aussetzung der Ausbildungseignungsprüfung seit 2003. Es bestehe daher durchaus die Gefahr, dass mit der Wiedereinführung der Prüfung im letzten Herbst dieser Trend wieder beendet sei, bestätigte Bakir auf Nachfrage. Schavan kündigte an, die Frage nach der Ausbildungseignung pragmatisch anzugehen, um bestehende Fortschritte nicht wieder zunichte zu machen.

Schavan: Unfähigkeit in Deutschland, anderswo erworbene Qualifikationen anzuerkennen

Die Integrations-Beauftragte Böhmer betonte indes, die Bildungsorientierung der Eltern sei maßgebend für die Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Insbesondere die ausländischen Berufsverbände seien hier gefordert, Einfluss zu nehmen. Schavan stellte fest, die Ursache für die oftmals mangelhafte Bildungsorientierung der

Eltern sei ein „mentales Problem“. Schuld daran ist nach Ansicht der Ministerin „die Unfähigkeit in Deutschland, Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, hierzulande anzuerkennen.“ Dies habe fast alle Zuwanderinnen und Zuwanderer zu einem Problem werden lassen und weitreichenden Einfluss auf deren Bildungsorientierung gehabt. Die Regierung arbeite daran, den rechtlichen Rahmen von Anerkennungen zu verbessern und zu einer grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber Qualifikationen und Talenten von Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte beizutragen, bekräftigte Schavan.

Als Teil der seit 2006 bestehenden Initiative kündigte das Bildungsministerium an, in 34 Städten Ausbilderseminare für Fachkräfte und UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund zu fördern. Bis Ende 2010 sollen 1.000 zusätzliche Ausbilderinnen und Ausbilder von den Kammern zertifiziert sein. DIHK-Vertreterin von Obernitz betonte, die IHKs hätten bereits an mehr als 50 Standorten spezielle AnsprechpartnerInnen sowohl für Unternehmen als auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund installiert. Sie könnten auch als Vertrauenspersonen für die jeweiligen MigrantInnenverbände vor Ort dienen. Ein weiterer Baustein der Initiative soll eine neue Medienkampagne mit dem Titel „Mittendrin und unsichtbar! Migrantinnen und Migranten in der beruflichen Bildung“ sein.

Linksfraktion nimmt Unternehmen in die Pflicht

Agnes Alpers, Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung der Linksfraktion im Bundestag, kritisierte die Initiative. Anstatt über nicht ausbildungsfähige Jugendliche zu klagen, sollten die Unternehmen in die Pflicht genommen werden, forderte Alpers. Es müsse endlich eine Ausbildungsplatzabgabe her. Das Recht auf Ausbildung muss laut der Abgeordneten für jeden gelten: egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

(23.03.10)

© 2000-2010, zwd-online
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der ZWD Medien GmbH
